

## Politik

# Abe will mit Obama Pearl Harbor besuchen

Gipfeltreffen Ende Dezember auf Hawaii geplant

pwe. TOKIO, 5. Dezember. 75 Jahre nach dem japanischen Überfall auf den amerikanischen Marinehafen Pearl Harbor auf Hawaii wird Japans Ministerpräsident Shinzo Abe dort als erster japanischer Regierungschef der Toten gedenken. Ende Dezember will Abe auf Hawaii zu einem letzten Gipfeltreffen mit dem scheidenden amerikanischen Präsidenten Barack Obama zusammentreffen. Gemeinsam wollen sie dann Pearl Harbor besuchen. Die Ankündigung Abes kommt zwei Tage vor dem 75. Jahrestag des japanischen Angriffs und ist auch eine Botschaft an den designierten Präsidenten Donald Trump.

Über den Besuch wurde in Japan seit Monaten spekuliert. Im Mai hatte Obama als erster amerikanischer Präsident Hiroshima besucht, die Stadt, die 1945 durch eine amerikanische Atombombe zerstört wurde. Mit Abes Gegenbesuch in Pearl Harbor schließt das Jahr so mit einer weiteren historischen Geste der Versöhnung beider Länder. Das Treffen am 27. Dezember in Honolulu fällt in die Zeit des üblichen Jahresdurlaubs Obamas auf Hawaii. Überraschend hatte schon im August die Frau von Abe, Akie Abe, Pearl Harbor besucht und am Denkmal der USS Arizona Blumen niedergelegt.

Bei dem japanischen Fliegerangriff auf die amerikanische Pazifikflotte in den Morgenstunden des 7. Dezembers 1941, einem Sonntag, kamen mehr als 2300 amerikanische Marinesoldaten und Militärangehörige um. Drei Schiffe wurden in dem Hafen versenkt, mehr als ein Dutzend anderer Schiffe schwer beschädigt. Der Angriff beschleunigte den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg und be-

siegelte so letztlich das Ende der militärischen Aggression Japans. Pearl Harbor hat für die Amerikaner ähnlich große symbolische Bedeutung wie die Atombombenstädte Hiroshima und Nagasaki für Japan. Die Wut über den Angriff führte dazu, dass wenige Monate später mehr als 100 000 Amerikaner japanischer Abstammung inhaftiert wurden.

Abe will mit dem Besuch die engen Beziehungen beider Länder unterstreichen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Sicherheitspartnerschaft entwickelt haben. Die amerikanisch-japanische Allianz sei ein Bündnis der Hoffnung geworden, sagte Abe. „Der Wert und die Bedeutung dieser Allianz ändert sich nicht in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.“ Das ist eine Botschaft auch an den designierten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump. Dieser hatte im Wahlkampf den Wert des Bündnisses mit Japan in Frage gestellt, seither aber nicht mehr. Vorbeugend hatte Abe im November als erster ausländischer Regierungschef in New York das persönliche Gespräch mit Trump gesucht, um die Partnerschaft beider Länder zu unterstreichen. Auch mit Blick auf die Geschichte nimmt Abe mit dem Besuch auf Hawaii Trump Wind aus den Segeln. Als Obama im Mai mit Abe Hiroshima besuchte und der Kriegstoten gedachte, hatte Trump auf dem Kurznachrichtendienst Twitter gezwitschert: „Diskutiert Präsident Obama in Japan irgendwann den heimtückischen Angriff auf Pearl Harbor? Tausende Leben von Amerikanern gingen verloren.“ Solchen Bemerkungen nimmt Abe mit der Ehrung am Mahmal auf Hawaii die Angriffsfläche.

## „Islamischer Staat“ verliert Sirte

Milizen übernehmen Kontrolle in libyscher Stadt

ch. BEIRUT, 5. Dezember. Die Dschihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) haben den Kampf um ihre libysche Bastion, die Küstenstadt Sirte, verloren. Von Militärs in der Operationszentrale „Bunyan al Marsus“, unter deren Banner die Operationen gegen den IS in der Küstenstadt geführt werden, hieß es am Montagmittag, man stoße nur noch auf sporadischen Widerstand versprengter IS-Kämpfer, brauche aber noch Zeit, um Sprengfallen zu entschärfen. Ein Militärsprecher teilte mit, man habe die Kontrolle über das letzte vom IS gehaltene Stadtviertel übernommen. Der Sieg über den IS in Sirte war schon zuvor verkündet worden, die Erfolgsmeldungen vom Montag klingen indes realistisch. Zuletzt kontrollierten die Dschihadisten nach unabhängigen Angaben aus dem Kampfgebiet nur noch einige Häuserblöcke.

Im Mai hatten Milizen aus der Stadt Misrata die Expansion des IS an der libyschen Küste gestoppt und die Dschihadisten zurückgedrängt. Die unter Vermittlung der Vereinten Nationen gebildete Regierung der Nationalen Übereinkunft hatte im Zuge der Anti-IS-Offensive die Bunyan-al-Marsus-Operationszentrale gegründet, deren Kommando sich die mehrheitlich misratischen Milizen unterstell hatten. Die Anti-IS-Milizen wurden auch mit Luftangriffen amerikanischer Spezialkräfte unterstützt.

## Ein Karimow mit Facebook

Usbekistans neuer Präsident gibt sich bürgerlich

MOSKAU, 5. Dezember. Die Weichen für den Sieg in Usbekistans Präsidentenwahl hatte Schawkat Mirsijojew früh gestellt. Nach dem Tod des Herrschers Islam Karimow, der offiziell am 2. September einem Hirnschlag erlag, übernahm der Ministerpräsident die Leitung der Begräbniskommission. Dann ließ sich der 59 Jahre alte Mirsijojew zum Interimspräsidenten ernennen. Spätestens jetzt war klar, dass er mit Rückendeckung des Geheimdienstes auch die Präsidentenwahlen gewinnen würde, die ersten ohne Karimow seit der Unabhängigkeit 1991. Im Wahlkampf wurden Mirsijojew Gedichte, Lieder und Siege in Ringkämpfen gewidmet. Am Montag teilte die Wahlleitung mit, der Kandidat der „Liberaldemokratischen Partei“ habe am Sonntag 88,61 Prozent der Stimmen erhalten; drei Pro-Forma-Gegenkandidaten schrieb sie einige Stimmen zu und gab die Beteiligung mit 87,73 Prozent an, was ebenso an Karimows Zeiten erinnerte wie die Verschlossenheit für westliche Journalisten: Ein Pressevisum zur Wahl erhielt etwa diese Zeitung nicht.

Dennoch gab es ein bescheidenes „Tautwetter“. Accounts in sozialen Netzwerken, die für die Gegenkandidaten geführt wurden, schufen die Illusion eines Wettstreits der Ideen, berichtete die russische Zeitschrift „New Times“. Über Mirsijojews Internetauftritt konnten Bürger „Probleme, Petitionen, Beschwerden, Vorschläge“ loswerden. Fast eine Viertelmillion Leute soll etwa über niedrige Löhne oder Korruption geklagt haben. Mirsijojew informierte über Facebook, wie er Missständen abhelfe und Staatsdiener maßregle.

Obst- und Gemüsebauern mussten laut „New Times“ dem Staat nur noch ein Viertel und nicht mehr die Hälfte ihrer Exporterlöse abgeben. Reisen des neuen Führers durch das Land wurden von Reparaturen an Wohnhäusern und Straßen begleitet. Einige politische Gefangene wurden freigelassen, so der 72 Jahre alte frühere Abgeordnete Samandar Kukanow nach mehr als 23 Jahren in Haft. Er dankte Mirsijojew, „unserem Landsmann, unserem Bruder“, mit einer Wahlempfehlung. Außenpolitisch sandte Mirsijojew an die Nachbarn Tadschikistan und Kirgistan Signale der Entspannung. Zugleich hob er hervor, Neutralität wahren zu wollen: eine Absage an Moskaus Wirtschafts- und Verteidigungsintegrationsprojekte im postsowjetischen Raum.

Es wurden aber Zweifel geäußert, inwieweit die Charmeoffensive dauerhafte Ergebnisse bringen, geschweige denn die „katastrophale“ (Human Rights Watch) Menschenrechtsslage verbessern werde. Berichtet wurde über Geschäftsinteressen der Familie Mirsijojews, der einer der reichsten Usbeken sein soll; seine Verwandten sollen im Energiesektor und Außenhandel, an Banktransfers und Textilproduktion verdienen. Der in London lebende Sohn der in Ugnade gefallenen älteren der beiden Karimow-Töchter bat um ein Lebenszeichen seiner Mutter; Gulnara Karimowa soll in Taschkent unter Hausarrest stehen, doch vor kurzem hieß es in einem – dann anonym dementierten – Medienbericht, sie sei vergiftet worden. Eine OSZE-Mission, die die Wahlen beobachtete, berichtete über Mangel an „echtem Wettbewerb“ und Wahlfälschung, aber auch, dass die Regierung willens sei, „alle offenen Fragen anzugehen“. (frs.)

# Seid umschlungen, Millionen!

Offizielle Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Heiligen Stuhl

Die Nachricht am 10. Januar 1984 verblüffte die Öffentlichkeit: Der Kirchenstaat Vatikan und die Vereinigten Staaten nehmen offizielle Beziehungen auf. Papst und Präsident, Vertreter der geistlichen und der politischen Weltmacht, erkennen sich nach 126 Jahren an. Wie kam dieser völkerrechtliche Schritt zustande? Warum gelang Johannes Paul II. und dem Presbyterianer Ronald Reagan, was mehrfach zuvor fehlgeschlagen war?

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts herrschten trotz konsularischer Beziehungen auf beiden Seiten große Vorbehalte. Kapitalismus und individuelle Freiheit, Symbole des „American way of life“, schienen mit kirchlicher Hierarchie, Unterordnung und Gehorsam, den der Papst von allen Katholiken fordert, unvereinbar. Man sah sich als gefährliche Gegner an. Wegen der strikten Trennung von Staat und Kirche in der amerikanischen Verfassung verweigerte Washington dem Heiligen Stuhl und damit dem Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche die Anerkennung. Aus Kostengründen strich der US-Kongress 1867 die Mittel für die Gesandtschaft im Vatikan-Staat. Die Beziehungen lagen auf Eis. Präsident Franklin D. Roosevelt konnte 1940 nur einen persönlichen Vertreter, keinen Botschafter, nach Rom entsenden. Der Senat versagte die erforderliche Zustimmung. Auch Präsident Harry S. Truman erlitt Schiffbruch, als er 1951, taktisch ungeschickt, General Mark W. Clark zum Botschafter beim Vatikan ernennen wollte. Protestantische Kirchen und Sekten wehren sich heftig. Erneut lehnte der Senat ab. John F. Kennedy, erster katholischer Präsident, wagte auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges einen solchen Vorstoß erst gar nicht.

Auch Anfang der 1980er Jahre verbanden konservative Kreise des Vatikans mit Direktkontakten zu Washington schlimmste Befürchtungen. Angebahnte Beziehungen Roms zum Ostblock, so argwöhnte das Umfeld von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli, faktisch Außenminister des Heiligen Stuhls und Architekt der vatikanischen Ostpolitik, könnten sich verschlechtern. Weltweit würde der Klerus angreifbar werden für Repressalien, besonders in antiamerikanisch eingestellten Staaten Lateinamerikas. Die Reagan-Administration ihrerseits sorgte sich um Wählerstimmen bei Evangelikalen und Protestanten, wenn Katholiken durch diplomatischen Verkehr mit dem Heiligen Stuhl bevorzugt und der Verfassungsgrundsatz staatlicher Neutralität verletzt würde. Realpolitisch aber war eine Annäherung längst überfällig. Nicht erst in Zeiten der Entspannungspolitik gab es immer wieder geheime Kontakte.

Ausgangspunkt des Kurswechsels binnen weniger Monate war wohl Königin Elisabeth II. Sie soll im März 1983 Präsident Ronald Reagan von der Notwendigkeit überzeugt haben, offizielle Beziehun-

gen zum Vatikan aufzunehmen, wie dies ein Jahr zuvor Großbritannien getan hatte. Bestärkt wurde er von engen Vertrauten, darunter Richard Allen, William Clark, Alexander Haig, CIA-Direktor William J. Casey, William Wilson und Vernon Walters, die alle katholisch waren. Papst und Präsident einte konservative Werte und gleichgerichtete Interessenpolitik. Beide verfochten das Grundrecht auf Leben und Freiheit, forderten die Einhaltung der Menschenrechte, unterstützten Oppositionsbewegungen und Dissidenten in Osteuropa und lehnten Abtreibungen ab.

Auf Sondierungen aus Washington reagierten Casaroli, sein Stellvertreter Erzbi-

sen darauf, dass Washington die katholische Kirche als starken Partner gegen die Sowjetunion gewinnen und damit vom entspannungsfreundlichen Kurs des Vorgängerpapstes Paul VI. abbringen könnte.

Der Pole auf den Papstthron wirkte maßgeblich auf die Geschehnisse in seiner Heimat ein und stellte im Kampf um die Befreiung des Ostblocks einen wichtigen Machtfaktor dar. Zudem hatten sich informelle Kontakte zum Vatikan bei der Freilassung der amerikanischen Geiseln in Teheran als nützlich erwiesen, was manchen zögernden Kongressabgeordneten überzeugte. Die Vermittlung des Heiligen Stuhls im Beagle-Konflikt wurde



Kurswechsler: Präsident Reagan mit Ehefrau Nancy in London (Juni 1988) Foto dpa

schof Martínez Somalo und der Sekretär des Rates für Öffentlichkeitsfragen, Achille Silvestrini, offen, aber unverbindlich. Eine solch prekäre Entscheidung konnte aus seiner Machtfülle nur der Heilige Vater selbst treffen. Damit würde die förmliche Äquidistanz Roms zwischen den beiden Supermächten aufgegeben. Selbst wenn das ganze Ausmaß der kurieninternen Fraktionen im Dunkeln bleibt, wird doch klar: Casaroli geriet mit seiner Ostpolitik in offenen Gegensatz zu Johannes Paul II. Denn die antikommunistische Haltung des Oberhirten ohne diplomatische Erfahrungen war weithin bekannt.

Die Reagan-Administration verbesserte mit der Offerte beim Vatikan das Verhältnis zur amerikanischen Bischofskonferenz, die stets Zweifel gegenüber dem Weißen Haus hegte und eine liberale Abtreibungspraxis als christenfeindlich brandmarkte. Befürworter der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wie-

auch von den Vereinigten Staaten anerkannt. Aus Sicht Johannes Pauls II. war Reagans Politik gegen das „Reich des Bösen“ eine wichtige Stütze für die Solidarität im Kampf gegen das Kriegsverbrechen in Polen. Außerdem würde der Einfluss des Vatikans auf die Weltmacht gestärkt. Für beide Seiten bestand somit eine klassische Win-win-Situation. Aus ehemaligen Gegnern wurden respektierte Partner. Selbst protestantische Wähler in den Vereinigten Staaten erkennen heute die moralische Autorität des Papstes an. Die leistungswerte Studie bezieht ihren Reiz aus neuen Erkenntnissen über die vatikanische Diplomatie, auch wenn sie sich hierbei meist nur auf Zeitzeugengespräche stützen kann. HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Tassilo Wanner: Heilige Allianz? Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Heiligen Stuhl. Springer VS Fachmedien, Wiesbaden 2016. 317 S. 39,99 €.

# Mit dem grünen Winkel

Wilddiebe und „Berufsverbrecher“ im Einsatz für die SS

Das 1936 entstandene KZ Sachsenhausen bei Oranienburg, 30 Kilometer nördlich von Berlin, entwickelte sich bis Kriegsbeginn im September 1939 zum größten Konzentrationslager auf deutschem Boden. Mindestens 200 000 Menschen waren dort zwischen 1936 und 1945 von den Nationalsozialisten inhaftiert worden. Trotz vieler Zeugenaussagen, Berichte und Erinnerungen fehlte bislang eine wissenschaftlich fundierte Darstellung. Diese Forschungslücke wurde jetzt geschlossen durch die quellenangereicherte Studie von Dagmar Lieske.

Der Klappentext liefert eine erste, aber treffende Einordnung: Seit November 1933 verfügte die deutsche Kriminalpolizei im Rahmen der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ über die Möglichkeit, vorbestrafte Täter in Konzentrationslager einzuweisen. „Insgesamt betraf dies mehrere Zehntausend Menschen, von denen zirka 9000 als ‚Berufsverbrecher‘ im KZ Sachsenhausen inhaftiert wurden. Der vorliegende Band befasst sich mit der Verfolgung einer bislang weitgehend unbekanntem Haftgruppe. Anhand einzelner Schicksale werden sowohl die kriminalpolizeiliche Praxis als auch die Situation der ‚Berufsverbrecher‘ im Lager sowie innerhalb der Häftlingsgesellschaft behandelt. Thematisiert wird auch ihr Ausschluss aus der Erinnerungskultur und der materiellen Entschädigung“ nach dem Zweiten Weltkrieg.

Am 18. April 1944 notierte ein von der Geheimen Staatspolizei aus politischen Gründen inhaftierter „Schutzhäftling“ in seinem heimlich geführten Tagebuch zum Übertritt von „Berufsverbrechern“ (BV) in eine SS-Einheit: „Gestern zog ein großer Trupp BV-Leute hier weg. Sie wurden entlassen, um zur Front zu ziehen. Schwerverbrecher und Pack werden jetzt unter Ehrenbezeichnungen und Kameradschaftsgesten eingezogen. Es wurden ihnen Geschenke und Blumen überreicht, und vor der Abreise wurden sie vor dem Hauptgang gefilmt. Mörder und zum Tode Verurteilte, gefährliche Feinde der Gemeinschaft –

jetzt sind sie Kameraden und sollen für das große Vaterland und die deutsche Ehre kämpfen!“

Bei der genannten Gruppe handelte es sich um ehemalige Häftlinge, die am 17. April 1944 in die Waffen-SS aufgenommen worden waren. Eine Namensliste vom 19. Mai 1944, die unter der Bezeichnung „SS Sonderkommando Dirlwanger“ überliefert ist, verweist auf 292 Häftlinge, darunter 196 „Berufsverbrecher“, die wenig später von der SS rekrutiert worden sind. Bereits im Juni 1940 hatte „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler (Reichsführer-SS) den mehrfach strafällig gewordenen SS-Führer Oskar Dirlwanger beauftragt, eine Sondereinheit zusammenzustellen, die unter der Bezeichnung „Wilddiebkommando Oranienburg“ firmierte, da sie zunächst nur aus vorbestraften Wilddieben bestand. Schon im August 1943 sollen etwa 300 „Berufsverbrecher“ das KZ Sachsenhausen in SS-Uniformen verlassen haben, um in der „Sturmbrigade Dirlwanger“ zu kämpfen. Sie galten nicht als „vollwertige“ Kameraden, sondern wurden von der SS-Führung als „Kanonenfütter“ eingesetzt.

Wenn man bedenkt, dass auch disziplinarisch bestrafte ehemalige SS-Männer zur „Bewährung“ unter Dirlwanger an der Partisanenbekämpfung in Weißrussland sowie bei der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstands (1944) beteiligt waren, erscheint es fraglich, ob die Kategorien von „Opfern“ und „Tätern“ im breiten Spektrum der „Berufsverbrecher“ noch zu trennen sind. Im Dezember 1944 soll Dirlwangers Truppe noch etwa 6500 Männer umfasst haben, darunter zirka 30 Prozent ehemalige KZ-Häftlinge unterschiedlicher, auch ausländischer Herkunft.

Bis zur Befreiung im April 1945 lassen sich folgende Häftlingsgruppen im KZ Sachsenhausen feststellen: Schutzhäftlinge (politische und weltanschauliche Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie deutsche und ausländische Juden, Bibelforscher beziehungsweise Zeugen Jehovas); Vorbeuge-

häftlinge (Asoziale, Berufsverbrecher, Sittlichkeitsverbrecher, Homosexuelle, Sinti und Roma); „Berufsverbrecher“ hatten meist ein längeres Vorstrafenregister aus dem Bereich von Eigentums- und Betrugsdelikten. Unter den „Asozialen“ befanden sich überwiegend Angehörige der traditionellen sozialen Randgruppen (Obdachlose, Bettler, Zuhälter). Jüdische Häftlinge wurden entweder den „Politischen“ oder den „Kriminellen“ zugeordnet – je nachdem, welche Vergehen man ihnen zur Last legte. Als Kennzeichen mussten sie ein gelbes Stücken Stoff tragen. Nach den Novemberprognosen 1938 wurden annähernd 6000 Juden unter menschenverachtenden Bedingungen eingeliefert.

Dank intensiver Quellenstudien in zahlreichen Archiven konnte Dagmar Lieske die von der SS angestrebte Spaltung und Instrumentalisierung der verschiedenen Häftlingsgruppen im KZ Sachsenhausen überzeugend nachweisen. Ehemals politische „Schutzhäftlinge“ (rote Winkel) und vormalige „Berufsverbrecher“ (grüne Winkel) betonten noch Jahrzehnte nach ihrer Lagerhaft die – von der SS geschürten – Spannungen zwischen den „Roten“ und den „Grünen“. Die Tatsache, dass viele Kontrahenten nach 1945 bei Zeugenaussagen vor Gericht immer wieder „ihre“ Winkelfarbe erwähnten, demonstrierte, wie nachhaltig und identitätsstiftend diese von der SS implementierte Symbolik auf die Individuen gewirkt habe. Den meisten „Kriminellen“ ermöglichte der „grüne Winkel“ nach der Befreiung jedoch keine positive Identität.

Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, der leserfreundliche Anmerkungsapparat am Fuße der Seiten und ein hilfreiches Personenverzeichnis runden die leistungswerte Publikation ab.

HANNS-JÜRGEN DÖSCHER

Dagmar Lieske: Unbequeme Opfer?, „Berufsverbrecher“ als Häftlinge im KZ Sachsenhausen. Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 16. Metropol Verlag, Berlin 2016. 422 S., 24,- €.

# Wenn es kracht und zischt

Pearl Harbor vor 75 Jahren

Oft und gern wird über den Schreibstil deutschsprachiger Historiker gelästert. In der Tat ist es zuweilen eine Herausforderung, gelehrte Werke zu lesen. Von einem Mann wie Takuma Melber, laut Klappentext unter anderem Berater für eine ZDF-Dokumentation, darf Lesbares erwartet werden. Die Erwartung wird nicht enttäuscht. Freilich sei die Frage erlaubt, ob es nötig war, den japanischen Außenminister „mit dem Samuraischwert rasseln“ zu lassen. Und wenn der Leser in Stabsbesprechungen der japanischen Marine entführt wird und erstaunt zur Kenntnis zu nehmen hat, welcher Offizier genau in welchem Moment „sichtlich bestürzt“ war, darf man an der Quellennähe der Darstellung zweifeln.

Das Ereignis, das so blumig beschrieben wird, hat die Geschichte des Zweiten Weltkrieges nachhaltig geprägt. Der Überraschungsangriff der japanischen Marineluftwaffe auf die amerikanische Flottenbasis Pearl Harbor auf Hawaii zog die Vereinigten Staaten endgültig an der Seite Großbritanniens und der Sowjetunion in den Krieg. Einige Tage nach dem Angriff wurde der Kampf durch die Kriegserklärung Deutschlands an die Vereinigten Staaten endgültig zum Weltkrieg.

Eine der Ursachen des japanisch-amerikanischen Konflikts liegt in China. Hier hatte sich Japan in den Jahren nach 1931 systematisch die Vorherrschaft gesichert, weite Teile des Landes erobert und im Nordosten den Marionettenstaat Mandschukuo geschaffen. Die Amerikaner verstanden sich einerseits als so etwas wie die Schutzmacht Chinas, bestanden andererseits aber aus nationalen Interessen auf einem gleichberechtigten Zugang ihrer Unternehmen zum chinesischen Markt. Die japanische Konzeption hingegen war auf Abschottung des eigenen Herrschaftsgebietes nach außen gerichtet. Sie wollten den Kolonialismus der Europäer durch einen eigenen Kolonialismus ersetzen. Genannt wurde das dann „Großasiatische Wohlstandssphäre“.

Trotz des schwelenden Konflikts hatte sich die Aufmerksamkeit der amerikanischen Politik seit 1939 zunehmend auf Europa konzentriert, wo bis Sommer 1941 Großbritannien mehr oder weniger allein der wachsenden Macht Deutschlands gegenüberstand. Diese Haltung sollte später in Gestalt der „Germany first“-Strategie den Angriff auf Pearl Harbor überdauern.

War die japanische Expansion in China schon Anlass zu Besorgnis in Washington, so wurde – wie sich zeigte, mit Recht – erwartet, dass sich das fernöstliche Kaiserreich weite Gebiete Südostasiens anreichern werde. So nutzte Japan die Niederlage Frankreichs gegen Deutschland im Juni 1940, um – mit Einverständnis der Regierung in Vichy – Französisch-Indochina zu besetzen. In Japan gab es in dieser Zeit zwei Denkschulen. Die eine trat für die Konsolidierung der eigenen Position in China ein, und zwar kombiniert mit der Möglichkeit weiterer Expansion auf Kosten der Sowjetunion. Die andere Denkschule richtete den Blick auf die tropischen Kolonien der Europäer, die entweder (Großbritannien) im Kampf gegen Deutschland standen, oder (Niederlande, Frankreich) von deutschen Truppen besetzt waren.

Nach der Verlegung japanischer Soldaten nach Indochina verschärfte die amerikanische Regierung die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Japan. Einen Abzug lehnte Japan ab, was wiederum die amerikanische Haltung verhärtete. Es gab sogar Überlegungen für eine Präventivschlag gegen japanische Industriestädte. Letztlich hielt Washington aber die Verhängung eines Ölembargos gegen Japan für effektiver. Ausführlich beschreibt Melber die Vorgeschichte des Militärschlages. Einerseits planten die japanischen Militärs ihre Operationen. Andererseits liefen in Washington fast bis zur letzten Minute diplomatische Gespräche, um eventuell doch eine einvernehmliche Lösung herbeiführen zu können.

Die endgültige Entscheidung zum Militärschlag fiel am 1. Dezember 1941 bei einer Konferenz mit Kaiser Hirohito. Die Überlegenheit der Amerikaner in so gut wie allen Bereichen war den japanischen Entscheidungsträgern dabei durchaus bewusst. Sie hofften aber auf einen Verlauf wie im Krieg gegen Russland 1904/05. Der hatte schließlich mit einem japanischen Erfolg am Verhandlungstisch geendet, nachdem sich die eigenen Soldaten, besonders die Marine, militärisch überraschend gut gegen die kontinentale Großmacht geschlagen hatten. Der Angriff startete am frühen Morgen des 7. Dezember 1941 (in Japan war schon der 8. Dezember). Sobald die Flugzeuge in der Luft sind, liest sich das Buch wie die berühmte Hollywood-Verrillung des Ereignisses. Es kracht und zischt aus jeder Zeile. Die politische Einordnung am Ende gerät darüber ein wenig kurz.

PETER STURM

Takuma Melber: Pearl Harbor. Japans Angriff und der Kriegseintritt der USA. Verlag C.H. Beck München 2016. 223 S., 16,95 €.